

AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Direktor des HWWI
Tel: 040 - 34 05 76 - 100

SCHWARZ-GELB

Sozialliberales Deutschland

Sozialdemokraten, Grüne und Linke hatten im Bundestagswahlkampf ein gemeinsames Ziel: Eine neoliberale schwarz-gelbe Koalition sollte verhindert werden. Erhalten haben sie, was sie nicht wollten: eine schwarz-gelbe Regierung. Allerdings kann die linke Opposition zumindest einen Teilerfolg verzeichnen. Die Wirtschaftspolitik der Wahlsieger dürfte eher einem sozialliberalen und weniger einem neoliberalen Kurs folgen. Die Kanzlerin machte schon am Wahlabend klar, dass es ihr nicht um ordnungspolitische Grundsätze oder gar Ideologie geht. Sie will die «Kanzlerin aller Deutschen» sein.

Das Klima zwischen «oben» und «unten» ist frostig geworden in Deutschland. Frustration, Neid, Ohnmacht und Angst erzeugen wachsende soziale Spannungen. In dieser auffrischenden Kältezeit wider den Kapitalismus muss jede marktwirtschaftliche Veränderung die sozial gefühlte Ungerechtigkeit mitberücksichtigen.

Für die neue schwarz-gelbe Bundesregierung kann es deshalb nur darum gehen, das Vertrauen in eine durch Eigenverantwortung und Selbstbestimmung geprägte soziale Marktwirtschaft zurückzugewinnen. Ob sie den Spagat zwischen Notwendigem und Machbarem meistert, wird sich an zwei großen Themen entscheiden: der Sanierung der Staatshaushalte als Vergangenheitsbewältigung und einer Modernisierung der Bildungspolitik als Zukunftsaufgabe.

Die Sanierung der Staatsfinanzen hat für die schwarz-gelbe Bundesregierung höchste Priorität. Sie muss dafür sorgen,

dass der Staat und damit die Politik die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit nicht verlieren. Es muss gelingen, die Haushaltsdefizite zu beseitigen, um nicht über Jahre richtungslos von den Staatsschulden getrieben zu werden. Allerdings darf man sich keine Illusionen machen. Die Sanierung der Staatshaushalte ist keine schnelle Sache. Sie wird mehr als die kommende Legislatur benötigen. Die große Koalition hinterlässt der Nachfolgeregierung nicht nur rekordhohe Defizite. Sie hat auch eine Schuldendynamik ins Rollen gebracht, die noch jahrelang den staatlichen Handlungsspielraum begrenzen wird. Von 2009 bis 2013 dürfte die Nettoneuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden mehrere hundert Milliarden Euro betragen. Die Staatsschuld wird damit auf über 2 Bio. Euro steigen. Sie springt von 66 % des Bruttoinlandprodukts 2008 auf weit mehr als 70 % in diesem und gegen 80 % im nächsten Jahr.

CDU, CSU und FDP haben im Wahlkampf klagemacht, dass sie auf Steuersenkungen setzen. Sie wollen Familien, Erwerbstätige und Selbständige entlasten. Mehr netto vom brutto soll Arbeit attraktiver machen. Schnell wird man sich auf eine Erhöhung des Steuerfreibetrags pro Kopf und die Abschaffung der kalten Progression einigen. Damit kann auch gleich die von der CSU zur unverzichtbaren Bedingung gemachte Forderung nach einer Steuersenkung erfüllt werden.

Schwieriger wird die Suche nach einem einfacheren, transparenteren und letztlich auch effizienteren Steuersystem. Aber

im Grunde sind sich Schwarz und Gelb einig, dass die Reise in Richtung eines Stufenmodells gehen muss mit drei unterschiedlichen Steuersätzen: einem tiefen für Geringverdiener, einem mittleren für mittlere und einem hohen für höhere Einkommensgruppen. Strittig wird sein, wie hoch die Steuersätze konkret sein und für welche Einkommenshöhen sie genau gelten sollen.

Eine tiefere Steuerbelastung stärkt die private Kaufkraft und damit den Binnenkonsum. So entstehen positive Beschäftigungs- und Wachstumseffekte. Es kann dann gelingen, aus der Staatsverschuldung herauszuwachsen. Boومت die Wirtschaft, sprudeln die Steuereinnahmen. Sozialleistungen und Subventionen können zurückgefahren werden. Dieses Szenario kann jedoch bestenfalls für die lange Frist gelten. Kurzfristig ist die Hoffnung auf ein starkes Wachstum wenig realistisch. Zudem reissen die Steuerentlastungen vorerst neue Löcher in die Staatskassen, die Haushaltsdefizite werden zuerst größer und nicht kleiner.

Ausgeschlossen ist, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung die Mehrwertsteuer erhöhen wird. Da haben sich die Kanzlerin, aber auch FDP und CSU vor der Wahl zu sehr festgelegt. Wenn überhaupt, wird der reduzierte Mehrwertsteuersatz abge-

schaft. Die Diskussion wird aufflammen, ob nicht öffentliche Leistungen stärker nach dem Nutzniesserprinzip zu finanzieren sind. Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen. Das gilt für die Straßennutzung, die stärker über Mautsysteme abgerechnet werden dürfte, und gilt auch für staatliche Zuschüsse und Subventionen an öffentliche Einrichtungen, den Nahverkehr, Gesundheit, Kultur und Freizeit. Sogar höhere Studiengebühren werden nicht tabu bleiben.

Die schwarz-gelbe Koalition wird die in der breiten Öffentlichkeit gestützte sozialpolitische Forderung nach Mindestlöhnen aufgreifen müssen. Sie sollte eine Mindestsicherung für alle festsetzen – wie sie faktisch in Deutschland durch das Arbeitslosengeld II und die Sozialhilfe für nicht Erwerbsfähige bereits besteht. Es muss darum gehen, den Armen und Schwachen direkt zu helfen. Sozialhilfen bis hin zu einem Bürgergeld für alle wirken dort am stärksten, wo die Not am größten ist. Sie sind ökonomisch die bessere Antwort als der Versuch, mit einer tiefen oder sogar einer ermässigten Mehrwertsteuer oder mit Mindestlöhnen Sozialpolitik zu betreiben.

Unverzichtbar, auch wenn nur begrenzt Bundes- und stärker Ländersache, sind neue Initiativen, um im Bildungssystem Chancengleichheit, Teilhabe und Auf-

stiegsmöglichkeiten für alle zu verbessern. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit. Es ist auch die Voraussetzung, um langfristig die Wachstumsimpulse zu stimulieren, die notwendig sind, um mehr neue und besser bezahlte Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen und damit höhere Steuereinnahmen zu erzielen. Einer neuen Bundesregierung muss es gelingen, den gordischen Knoten im Bildungswesen zu durchhauen. Das klingt pathetisch, kann aber einfach konkretisiert werden.

Qualitativ gute und trotzdem billige Kindertagesstätten, verlässliche Ganztages-schulen mit kostenlosem Mittagessen und qualifizierter Aufgabenhilfe sowie ein wesentlich ausgebautes System von direkter Finanzhilfe für Kinder und Jugendliche aus Haushalten mit geringem Einkommen sind erste Schritte. Mehr Autonomie für die einzelnen Schulen bei bundesweit verbindlichen Bildungsmindeststandards ist eine weitere Massnahme auf einem langen Weg, das Bildungssystem zu entfesseln. Nur so hat die risikoreiche Strategie, mit mehr Beschäftigung und Wachstum aus den Schulden herauszuwachsen, eine Chance auf Erfolg.

Dieser Beitrag ist am 30. September 2009 in »Finanz und Wirtschaft« in der Schweiz erschienen.